



## Kundgebung zum Hiroshima-Tag 2018

Montag, 6. August 2018, 16 Uhr

Deserteursdenkmal (S-Dammtor/U-Stephansplatz)

Es singt und spielt Kai Degenhardt

### August 1945: US-Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki

Am 6. August 1945 warf ein US-Bomber eine Atombombe über Hiroshima ab. Eine riesige Explosions- und Hitzewelle verwandelte die Hafenstadt in eine lodernde Hölle. Ungefähr 80 Prozent der Stadt wurden sofort zerstört. Drei Tage später fiel eine weitere Bombe auf Nagasaki. Insgesamt wurden 200 000 Menschen getötet und über 100 000 verwundet; zu den Opfern gehörten auch viele Zwangsarbeiter aus Korea und China. In den Jahrzehnten danach und bis heute gab es unzählige Opfer infolge der Verstrahlungen.

Zum Zeitpunkt der Bombenabwürfe stand die Kapitulation Japans ohnehin bevor. Ziel der US-Führung war nicht die Beschleunigung der Kapitulation, sondern eine Demonstration ihrer Macht – und ein Test der Bomben unterschiedlicher Bauart unter realen Bedingungen. Für diese beispiellosen Kriegsverbrechen wurden die USA nie zur Verantwortung gezogen.

### „Friedliche“ Nutzung der Atomenergie?

In den Folgejahren kam es weltweit zum Aufbau nuklearer Waffenarsenale und zur Förderung der Kerntechnik für die sogenannte „friedliche Nutzung“. Doch wer die Technik zur Energieerzeugung importiert, erwirbt damit zugleich Fähigkeiten zum Bau der Bombe. Vor allem deshalb wurden und werden Atomkraftwerke (AKWs) weltweit gegen jede wirtschaftliche Vernunft und trotz ihrer unkalkulierbaren Langzeitgefahren zur Stromerzeugung eingesetzt! Solange es Atomwaffen gibt, werden weitere Staaten die Atomtechnik für die angeblich friedliche Nutzung übernehmen und ausbauen.

Produktion und Export dieser gefährlichen und letztendlich nicht kontrollierbaren Anlagen waren für die beteiligten Unternehmen extrem profitabel: Wie bei der Rüstungsproduktion garantiert jeweils der Staat die Bezahlung der Anlagen, fördert den Export und übernimmt die Risiken. Ein weiteres Merkmal ist die Einbindung von Militär und „Sicher-

heitsdiensten“. Dies ist ein Interessenkomplex, der für die jeweiligen Bevölkerungen hochgefährlich ist und uns in diese weltweit bedrohliche Lage gebracht hat.

## Atomwaffensperrvertrag und Atomwaffenverbotsvertrag

Am 1. Juli 2018 wurde der **Atomwaffensperrvertrag** (auch Nichtverbreitungsvertrag, **NVV**) 50 Jahre alt. Diese Tatsache war in der Öffentlichkeit fast nicht vernehmbar. Offensichtlich hatten die mächtigen Meinungsbildner der Republik kein Interesse, das Thema ausführlich zu diskutieren: Dann wäre sicherlich auch der **Atomwaffenverbotsvertrag**, der im vergangenen Jahr von 122 UN-Staaten verabschiedet wurde, wieder stärker ins Blickfeld gerückt.

In der Tat gibt es nicht wirklich Grund zum Feiern des NVV – wohl aber zu einer gründlichen Debatte über atomare Abrüstung. Ziel des NVV war es vor allem, die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern. Die Nicht-Atomwaffenstaaten verpflichteten sich, auf Nuklearwaffen zu verzichten und ihre zivilen Nuklearanlagen durch die Internationale Atomenergieorganisation kontrollieren zu lassen. Im Gegenzug sagten die damaligen Atommächte USA, Sowjetunion und Großbritannien im Juli 1968 zu, keine Atomwaffen an andere Staaten weiterzugeben und in naher Zukunft Verhandlungen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens und zur nuklearen Abrüstung zu führen.

Inzwischen gibt es neun Atommächte (USA, Russland, Großbritannien, Frankreich, China, Israel, Indien, Pakistan und Nordkorea) und weltweit über 14.000 nukleare Sprengköpfe. Auch wenn ihre Zahl als Ergebnis von Verhandlungen der USA und Russlands 2010 leicht gesunken ist – es wird mit Milliardenbeträgen atomar aufgerüstet. Alle Atommächte modernisieren ihre Arsenale und rüsten technisch auf bzw. haben entsprechende Planungen. Die USA wollen dafür bis 2026 etwa 400 Milliarden Dollar investieren. Dabei streben sie generell die Verringerung der Sprengkraft und zugleich die Erhöhung der Zielgenauigkeit und Effizienz ihrer Atomwaffen an. Damit sollen potenzielle „Kollateralschäden“ verringert werden – doch damit sinkt auch die Einsatzschwelle der Waffen. Und die Sprengkraft dieser neuen Bomben wäre immer noch stärker als die der Bomben auf Hiroshima und Nagasaki.

Alle fünf Jahre finden Überprüfungskonferenzen des NVV statt, die letzte ging ohne ein gemeinsames Abschlusskommuniqué zu Ende. Die Gefahr besteht, dass auch auf der nächsten Konferenz im Jahr 2020 keine Einigung erzielt wird. Es gibt derzeit keine Gespräche oder Verhandlungen über nukleare Abrüstung.

Das wesentliche Ziel der atomaren Abrüstung hat der NVV offensichtlich nicht erreicht. Insofern ist die aktuelle UN-Initiative zum **Verbot von Atomwaffen** eine sinnvolle Alternative. Damit werden Atomwaffen ebenso zu illegalen Waffen erklärt wie chemische und biologische. Der Vertrag schafft die Grundlagen dafür, dass künftig auch die Atomwaffenstaaten kontrolliert und dazu verpflichtet werden, mit anderen Staaten in Abrüstungsfragen zusammenzuarbeiten.

Man sollte meinen, dass es für die Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel, die nach der Katastrophe von Fukushima in Deutschland die Abkehr von der Atomenergie eingeleitet hat, überhaupt keine Frage wäre, sich deutlich gegen die Atomrüstung zu positionieren und den Verbotsvertrag zu unterzeichnen; zudem hat Deutschland nie eigene Atomwaffen besessen.

Deutschland hat jedoch an den Vertragsverhandlungen in der UNO nicht teilgenommen und die Bundesregierung lehnt die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags ab!

Warum will die Bundesregierung ihr internationales Gewicht nicht in die Waagschale werfen und – wie z.B. Österreich – dem Verbotsvertrag zustimmen? Als wichtiges NATO-Mitglied mit derzeitigem Sitz im UN-Sicherheitsrat könnte Deutschland damit ein international bedeutendes Signal setzen. Nicht zuletzt wäre das auch eine Grundlage für die Forderung an die USA, ihre **in Büchel stationierten Atombomben** abzuziehen. Schon 2010 hatte es einen entsprechenden einstimmigen Beschluss des Bundestags gegeben – doch die US-Atombomben werden nicht abgezogen, sondern „modernisiert“.

## Deutsche Interessen?

Der Bundesregierung scheint vor allem die nukleare Teilhabe über die NATO wichtig zu sein. Für die USA, Führungsmacht der NATO und die bisher einzige Macht, die Atombomben eingesetzt hat, ist ein Bedrohungsszenario unerlässlich, um die eigene kostspielige Modernisierung des Atomwaffenarsenals begründen zu können. Vor allem Russland als (sehr viel schwächerer) Nachfolgestaat der Sowjetunion ist der Popanz, gegen den sich die atomare US-Aufrüstung richtet. Daher wollen die USA nicht auf eigene Atomwaffen in Europa verzichten. In einem nuklearen Schlagabtausch zwischen den USA und Russland wären Europa und insbesondere Deutschland allerdings direkt und massiv betroffen!

Auch die jüngst stärker auf eigenständige militärische Zusammenarbeit der EU-Staaten zielende deutsche Außenpolitik ist auf atomare Teilhabe ausgerichtet: Auch durch Teilhabe an den französischen (und u.U. auch den britischen) Atomwaffen wäre Deutschland im Rahmen einer stärker institutionalisierten EU-Außen- und Militärpolitik eine Atommacht.

Es gibt noch weitere Hinweise darauf, dass die Bundesregierung ein gewisses Interesse an Atomwaffen hat: So wurde die URENCO-Urananreicherungsanlage in Gronau beim Beschluss zum Ausstieg aus der Kernenergie nicht einbezogen. Und in diesem Zusammenhang ist auch der noch relativ junge Forschungsreaktor in Garching (FRM II) zu erwähnen.

Mit der Urananreicherung in Zentrifugen, wie sie in der Gronauer Anlage vorgenommen wird, wird nuklearer Brennstoff für AKWs hergestellt. Angereichertes Uran wird von hier u.a. an marode Atomanlagen in Belgien und Frankreich geliefert, aber auch in die Ukraine und nach Japan; URENCO hat einen erheblichen Marktanteil und versorgt etwa jedes zehnte AKW weltweit. Mit der hier angewandten Technik kann zugleich aber auch hochangereichertes Uran (highly enriched uranium, HEU) für Atomwaffen hergestellt werden!

Im Forschungsreaktor Garching (FRM-II) wird HEU eingesetzt, und zwar in signifikanten Mengen. Obwohl es internationale Vereinbarungen gibt, Forschungsreaktoren nur mit niedrig angereichertem und nicht waffenfähigem Uran zu betreiben, arbeiten die Wissenschaftler des FRM II mit atomwaffentauglichem Material. Auch die abgebrannten Brennelemente stellen noch ein großes Sicherheitsrisiko dar. Ihre Entsorgung ist bislang nicht gelöst; Transporte des hochradioaktiven Materials wären extrem gefährlich.

In „deutschem Interesse“ – also im Interesse der deutschen Bevölkerung – kann nur die Abkehr von atomaren Prestigeprojekten liegen, eine Politik, die Verbot und Ächtung aller

Massenvernichtungswaffen – chemischer, biologischer und atomarer – zum Programm erhebt, und eine Außenpolitik, die prioritär auf Verhandlungen und internationale Zusammenarbeit setzt und dabei alle Weltmächte und Nationen einbezieht!

## Atomwaffen abschaffen, Atomkraftwerke abbauen

Wir leben zunehmend mit der Gefahr atomarer Katastrophen. Der einzige Schutz vor atomarer Verseuchung besteht in der Vernichtung aller Atomwaffen, dem Abbau aller AKWs und der langfristigen neutralen internationalen Kontrolle aller Quellen von Strahlung aus militärischer und „friedlicher“ Nutzung. Wir fordern:

- Unterzeichnung und Ratifizierung des UN-Vertrags zum Verbot von Atomwaffen durch die Bundesregierung
- Distanzierung der Bundesregierung von der atomaren Erstschlagdoktrin der NATO
- Abzug und Verschrottung, nicht Modernisierung der in Büchel gelagerten US-Atombomben
- Internationale Ächtung des Handels mit Kernbrennstoffen und kerntechnischen Anlagen
- Sofortige Abschaltung und schnellstmöglicher Abbau aller AKWs in Deutschland
- Schließung der Gronauer Urananreicherungsanlage, des Forschungsreaktors Garching (FRM II) und der Brennelementefabrik in Lingen

### **6. August 2018 in Hamburg: Schweigemarsch zum Gedenken an die Opfer von Hiroshima und Nagasaki und für die weltweite Ächtung von Atomwaffen**

Beginn: 8:15 Uhr am Alten Domplatz; von dort geht es (mit dem Kunstobjekt „mobile Präambel“ der Hamburger Verfassung) über zwei Zwischenstationen – Petri-Kirche und Jungfernstieg – auf den Hamburger Rathausplatz. Dort sind für 10:30 -11:30 Uhr Ansprachen und Grußworte geplant: Sprechen werden u.a. Christoph Störmer, ehemaliger Hauptpastor von St. Petri, sowie ein Redner von IPPNW / ICAN.

Hamburg ist seit 2009 Mitglied in der 1982 vom Bürgermeister von Hiroshima gegründeten Initiative „Mayors for Peace“. In diesem Sinne hoffen die Veranstalter, auch den Ersten Bürgermeister Peter Tschentscher für eine kurze Ansprache gewinnen zu können.

Veranstalter:

Axel Richter, Bildhauer und Mitarbeiter des KunstHaus am Schüberg / Ev luth. Kirchenkreis Hamburg-Ost;  
Dr. med Inga Blum, Dr. Dietrich Lau und Ute Rippel-Lau für die IPPNW / ICAN Regionalgruppe Hamburg

### **Wer ist das Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.?**

Wir kommen aus Friedensinitiativen, Gewerkschaften, Parteien und Kirchen oder sind Einzelpersonen, die am Frieden Interessierte zu gemeinsamem Handeln zusammenführen wollen. Wir veranstalten in Hamburg die Ostermärsche und die Antikriegsdemonstrationen zum 1. September, wir organisieren Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu den Hintergründen von internationaler Macht- und Kriegspolitik und rufen zu Demonstrationen gegen Aufrüstung, Waffenexporte und Kriegseteiligung auf.

Weitere Informationen: [www.hamburgerforum.org](http://www.hamburgerforum.org)

V.i.S.d.P.: Ellen Baumann, 21493 Schwarzenbek bei Hamburg